Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Morgen-Ausgabe

Bezugspreis: für Leipzig und Vororte zweimal täglich ins Haus gebracht monatlich M. 2.50, vierteljährlich M. 6.00; für Abholer monatlich M. 1.70; durch unsere auswärtigen Filialen ins Haus gebracht monatlich M. 2.50, vierteljährlich M. 6.50; durch die Post innerhalb Deutschlands Gesamt-Ausgabe monatlich M. 2.25, vierteljährlich M. 6.75; Morgen-Ausgabe M. 1.50, Abend-Ausgabe M. 0.80, Sonntags-Ausgabe M. 0.50 monatlich (ausschließlich Postbestellgebühr).

Hauptschriftleiter: Dr. Erich Everth, Leipzig.

112. Jahrgang

Anzeigenpreis: für Gr.-Leipzig u. Umgeb. die einspalt. Kolonelzeile 25 Pf., a. extra. 50 Pf.; Anzeigen a. Behörden im amtl. Teil die Kolonelzeile 60 Pf., a. extra. 80 Pf.; kleine Anzeigen die Kolonelzeile 30 Pf., auswärts 35 Pf.; Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften im Preise erhöht. Beilagen: Gesamtauflage M. 7.— das Tausend zuzügl. Postgebühr. Einzelnummer 10 Pf. — Sonn- und Feiertage 15 Pf. Fernsprech-Anschluß Nr. 14692, 14693 und 14694. — Postscheckkonto 2008. Geschäftsstelle und Geschäftsstelle: Johannisgasse Nr. 8.

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig.

Nr 118 — Mittwoch, den 6. März — 1918

Die deutsche Hilfe für Finnland

Die Hilfsaktion für Finnland

Grundlose schwedische Erregung.

⊙ **Berlin**, 5. März. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In Schweden zeigt sich eine gewisse Erregung wegen des von uns geplanten Eingreifens auf den Alandsinseln. In solcher Erregung scheint uns nach keiner Richtung ein Anlaß gegeben zu sein. An sich wären ja vielleicht die Schweden die nächsten dazu gewesen, an dringlichen Hilferufen aus Finnland hat es jedenfalls nicht gefehlt. Aber in Schweden hat man es für richtig befunden, sich taub zu stellen, wie man denn überhaupt den Freiheitskampf Finnlands, dessen Bevölkerung zu 10 Prozent schwedischen Blutes ist, und das sozusagen eine schwedische Kolonie bleibt, mit bemerkenswerter Kühle verfolgt hat.

Wenn Deutschland sich jetzt anschickt, den Hilferuf der Finnländer zu erhören, so handelt es sich dabei für uns nur darum, die von der bolschewistischen Raserei bedrohte Freiheit des unglücklichen Landes zu schützen, das sich eben erst mühsam der Tyrannei entrang. Wir haben hier auch andere, durchaus eigene Interessen wahrzunehmen. Wir sind im Begriff, mit Finnland Frieden zu schließen, und dieser Friede ist bedroht durch die längst zu regellosen Horden gewordenen Truppen und die Banden der Roten Garde, die in den Städten des finnischen Bodens alles zu oberst und unterst gekehrt haben. In der Beziehung würde unsere Expedition nach Finnland nur dem gleichen, was deutsche und neuerdings auch österreichisch-ungarische Truppen in der Ukraine ausgeführt haben. Wir bedürfen aber auch bei dem Zustand, in dem sich die russischen Dinge einstweilen befinden und vielleicht noch auf lange hinaus befinden werden, gewisser Garantien für die Durchführung und Aufrechterhaltung des in Brest-Litowsk geschlossenen Friedens mit Rußland. Auch um deswillen kann es uns nicht gleichgültig sein, ob in Finnland Ordnung und Sicherheit wiederkehren oder ob es der wüste Tummelplatz bolschewistischer Ausschreitungen bleibt. Das alles scheint uns so logisch und selbstverständlich, daß schon die Verschrobenheit Ledebourschen Denkens dazu gehört, in diesem Schritte Deutschlands eine Nachahmung der Koalitionskriege des ausgehenden 18. Jahrhunderts zu sehen.

Auch in Schweden werden, so hoffen wir, allmählich wieder Ruhe und Ordnung einkehren, und man wird erkennen lernen, daß es Schwedens eigene Schuld ist, daß eine Aufgabe, zu der es vielleicht selber am ehesten und an erster Stelle berufen war, schließlich von uns aufgegriffen werden mußte. Schließlich hätten und haben wir die ernsteste Verpflichtung, den Finnländern, die auch, als sie noch zu Rußland gehörten, in diesem Weltkrieg uns gegenüber eine, ganz bescheidentlich gesagt, musterhafte Neutralität bewahrt haben, vor dem Bolschewismus und seiner Propaganda zu schützen.

Stockholm, 5. März. (Drahtbericht.) Nach Meldungen an „Stockholms Tidningen" hat die Schreckensherrschaft der Roten Garden in Helsingfors im Anschluß an die Nachricht vom Herannahen der Deutschen ihren Höhepunkt erreicht. Die Revolutionsregierung scheint ihre letzten Kräfte zusammenzuraffen, um sich noch möglichst lange zu halten. Aus Reval sind 5000 geflohene russische Soldaten und Rote Gardisten angekommen. Nach einer Aeußerung des finnischen Kommissars Sirola, Ministers des Aeußern der Revolutionsregierung, gegenüber einem Mitarbeiter von „Socialdemokraten" bestehe kein Zweifel, daß diese den Sieg davonträgt, falls Deutschland sich nicht einmischt.

Stockholm, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die auf Antrag der finnischen Regierung beabsichtigte deutsche Landung auf den Alandsinseln war der schwedischen Regierung bereits am Freitag durch den deutschen Gesandten mitgeteilt worden. Entsprechend der äußerstes ruhigen Aufnahme des deutschen Schrittes in den Kreisen der schwedischen Regierung nehmen die Blätter eine teils resignierte, teils gleichmütig abwartende Haltung ein.

Die Deutschen in Estland

wtb. **Berlin**, 5. März abends. (Amtlich.)

Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

*

wtb **Berlin**, 5. März. (Drahtbericht.) Vom deutschen Vormarsch in Estland wird noch gemeldet: Aus Wesenberg sind viele Personen verschleppt worden. Einige sind durch die Weiße Garde befreit worden. Jetzt besteht eine systematische Sperre vom Baltischen Meer bis zum Peipussee. Aus Petersburg eingetroffene Deutsche berichten von Hungern. Die Regierung stützt sich auf die Rote Garde, die in eine neue Rote Garde umgebildet wird und den Friedensschluß überdauern läßt. Auserwählte Teile der Roten Garde verbleiben an der Front und regieren vollkommen willkürlich.

Der Vorsteher der schwedischen Mission für Kriegsgefangene empfing heute in Wesenberg 25 aus Narva entflohene Kriegsgefangene, die dort im Laufe der letzten neun Tage nur einmal wenig zu essen bekamen. Viele deutsche, lettische und estnische Gefangene befinden sich noch dort; darum muß der Vormarsch in größter Anspannung und Eile geschehen. Die Bevölkerung hat sich zur Weißen Garde organisiert. Das estnische Regiment in Wesenberg hilft den Deutschen bei der Bewachung der Eisenbahnen. Unter großen Sympathiekundgebungen der Bevölkerung ist heute morgen eine fliegende deutsche Abteilung in Wesenberg eingetroffen. Mehrere Züge mit Sprengmassen, 2 150 000 Kilogramm Naphtha und viele Maschinengewehre und Stahl sind unsere Beute. Die estnische Bevölkerung beteiligt sich freiwillig an unserer Hilfsaktion.

*

Amsterdam, 5. März. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung aus London ist General Haigs Bericht über die Operationen an der Front bei Cambrai im November und Dezember 1917 gestern erschienen. Der Bericht besagt, daß man beabsichtigte, durch einen plötzlichen Angriff einen örtlichen Erfolg an einer Stelle zu erzielen, wo der Feind es nicht erwartete.

Die Getreidevorräte der Ukraine

Wien, 5. März. (Drahtbericht.) Ueber die Art und Weise, wie die Mittelmächte aus der Ukraine mit den dort lagernden Lebensmitteln versorgt werden sollen, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehen bei der Versorgung aus der Ukraine einig vor. Die militärischen Handlungen haben unterseits nur die Aufgabe, der Eröffnung des friedlichen Handels mit der Ukraine die Wege zu ebnen. Der Handel erfolgt durch besondere Organisationen. Der Einkauf erfolgt überall zum Besten beider Staaten und bildet ein gemeinsames Erträgnis, das nach einem bestimmten Schlüssel unter die Zentralmächte aufgeteilt wird. Nach den bisherigen Erfahrungen und Feststellungen der in der Ukraine operierenden militärischen Kräfte sind die Vorräte in der Ukraine reichlich vorhanden.

Budapest, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Wiener Berichterstatter von „Az Ujsag" hatte eine Unterredung mit einer militärischen Persönlichkeit, die auf die Frage, welchen Einfluß der Friedensschluß mit Großrußland auf unseren Vormarsch in der Ukraine haben werde, folgendes erklärt: Nach Artikel 6 des Friedensvertrages ist die russische Regierung verpflichtet, ihre Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Welche Mittel der großrussischen Regierung zur Verfügung stehen, um diese Bedingungen zu erfüllen und die Zurückziehung der Truppen auszuführen, wissen wir nicht. Das aber ist sicher, daß, falls diese Truppen dem bekannten Aufruf der russischen Regierung nicht entsprechen sollten, mit der Möglichkeit gerechnet werden muß, daß wir die ukrainische Regierung auf ihrem Gebiete weiterhin unterstützen werden.

Lemberg, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) In der letzten Sitzung des Lemberger Stadtrats entzog der Vorsitzende dem ukrainischen Stadtrat das Wort, weil er sich der ukrainischen Sprache bedienen wollte.

Baldiger Frieden mit Rumänien

Berlin, 5. März. (Drahtbericht.) In parlamentarischen Kreisen wird erwartet, daß der Friedensvertrag zwischen dem Vierbund und Rumänien in diesen Tagen unterzeichnet werden wird. Die Verhandlungen werden geheim geführt; es verlautet, daß sie günstig vorwärtsschreiten. Sie bewegen sich in der bereits bekannten Richtung, daß letzten Endes die bulgarischen Ansprüche auf die Dobrudscha befriedigt, daß aber auch die rumänischen Wünsche auf Bessarabien berücksichtigt werden sollen.

Amsterdam, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) Aus Jassy meldet ein verspätetes Telegramm vom 3. März: Am 2. März hat unter dem Vorsitz des Königs ein Kronrat stattgefunden. Der Rat hat auf das in der letzten Nacht eingegangene Ultimatum folgendes geantwortet: Die Regierung teilt den Vertretern des Vierbundes mit, daß beschlossen worden ist, die Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die Unterhandlungen werden in Bukarest geführt werden und bald beginnen.

*

Stockholm, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die gesamte schwedische Presse würdigt den deutsch-russischen Friedensschluß in seiner enormen Bedeutung. „Svenska Dagblad" schreibt: Wie Berlin zu Bismarcks Zeiten der politische Mittelpunkt Europas geworden war, so hat es nach dem Kriege Aussicht, die Handelsmetropole des europäischen Festlandes, vielleicht der ganzen Welt, zu werden. Das einst niedergetretene Deutschland hat sich zu gewaltiger Größe erhoben. Die Weltmacht Rußlands, die einst über den ganzen Kontinent ihre Schatten warf, liegt am Boden, aber es ist noch jetzt ein Koloß wie kein zweiter in Europa.

Der Konflikt Lenin—Trotzki

Hamburg, 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise im Smolny-Institut hat sich, wie man dem „Hamb. Frdbl." aus Stockholm drahtet, seit der Entzweiung der beiden führenden Männer Lenin und Trotzki noch verschärft, als die Abreise der Friedensdelegation nach Brest-Litowsk erfolgte. Sowohl Trotzki als auch Lenin haben ihre Anhänger, die nunmehr zwei sich gegenseitig bekämpfende Gruppen bilden. Lenin scheint aber immerhin die Oberhand zu behalten und veröffentlicht sehr heftige gegen Trotzkis Politik gerichtete Artikel in der „Prawda", die mit dem Namen „Korpow" unterzeichnet sind. Lenin ist, wie aus dem Artikel hervorgeht, ein Verfechter des Friedens um jeden Preis, während Trotzki den Frieden noch hinausschieben wollte.

Frankfurt a. M., 5. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie man der „Frankf. Ztg." aus dem Haag meldet, protestierte der dortige russische Gesandte heftig gegen den Sonderfrieden der Maximalisten mit Deutschland und seinen Verbündeten, den er wertlos nennt.

Zur japanischen Intervention

Rotterdam, 5. März. (Drahtbericht.) Der „Manchester Guardian" schreibt zu einem etwaigen Vorgehen Japans in Ostasien: Es ist klar, daß ein Unternehmen dieser Art keine Beschränkung der Verantwortlichkeit duldet. Es läuft also hinaus auf den Krieg gegen Rußland oder gegen die Macht, die jetzt gerade Rußland in Ostasien vertritt. Es bedeutet, daß, während Deutschland und seine Bundesgenossen Rußlands Zerstückelung im Westen anstreben, wir und unsere Bundesgenossen einen entsprechenden Versuch im Osten machen werden. Unsere Motive mögen anderer Art sein, aber der Erfolg wird derselbe sein. Es ist unser Stolz, daß wir für die Freiheit der Völker und die Sicherheit der Nationen kämpfen. Wenn wir einen Angriff auf Rußland machen, handeln wir nicht nach diesem Grundsatz.

Amsterdam, 5. März. (Eig. Drahtbericht.) Aus London wird gemeldet: In Beantwortung einer an ihn gerichteten Frage teilte Balfour im Unterhause mit, daß er noch nicht imstande sei, etwas über die Lage im asiatischen Rußland zu sagen, außer daß die englische Regierung ihr ihre besondere Aufmerksamkeit schenkte.

Rotterdam, 5. März. (Drahtbericht.) „Manchester Guardian" erfährt aus Washington: Es verlautet noch nichts über die Haltung Wilsons zu Japans vielleicht bevorstehendem Vorgehen in Sibirien. In Wilsons Umgebung würde man vorziehen, daß Rußland sich selbst rette, falls in dem neuen Rußland Elemente seien, die gemeinsam vorzugehen imstande seien. Man möchte diese Aussicht auf Erfolg nicht dadurch verderben, daß in Rußland durch Japans Auftreten eine Gereiztheit hervorgerufen wird.

Paris, 4. März. (Agence Havas.) Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten hörte die Ausführungen Pichons über die diplomatische Lage und über die Verhandlungen zwischen Rußland und Japan an. Nach Schluß der Sitzung gaben die Mitglieder des Ausschusses, ohne genauere Auskünfte geben zu wollen, zu verstehen, es habe den Anschein, daß alle Alliierten übereingekommen seien, Japans Intervention in der Mandschurei und Sibirien zuzulassen.

Vom neuen Wesen im Innern

Vom

Landtagsabgeordneten Dr. Jöphel.

Während im großen Vaterland der Hader über Kriegsziele oder Verzicht die Gemüter verbittert und den Blick für die Wirklichkeit trübt, arbeitet der sächsische Landtag in tatenreicher Stille an Aufgaben, die vielleicht undankbar erscheinen, die aber dem ernsten Zeitgenossen mehr Bürgschaften für die Zukunft bieten als die halbwahnwitzigen Auswüchse im Bunde der Landwirte oder das blöde Liebeswerben der unabhängigen Sozialdemokratie um die schöne Seele des Herrn Trotzki. Man wirft gern Steine auf das Parlament. Das hat den schlechtesten Vorzug, daß man es ziemlich gefahrlos tun kann; denn Parlamente pflegen sich über solche Anwürfe gemütsruhig hinwegzusetzen, etwa wie der Mond, wenn ihn der Hund anbellt. Dennoch unterschätze man den Erfolg solcher unerwiderter Angriffe nicht; sie zerstören nach und nach das Bewußtsein vom Werte der Volksvertretung und rauben ihr den heilsamen Einfluß, zu dem sie berufen ist. So erschien in einem sächsischen Blatte vor kurzem ein selbstgefälliger Aufsatz zum Diätengesetz, der in billiger Kritik die Schuld an den ausgedehnten Sitzungsperioden ausschließlich beim Landtage suchte. Wollte der Verfasser jenes Aufsatzes einen tieferen Blick in die Arbeiten des Landtages tun, als seine Federgewandtheit und die Sucht nach Popularität ihm gestatten, er müßte bald erkennen, wie einmal die unglückliche Art unserer Minister, durch Ablesen von Aufsätzen, die vorher verfaßt sind, die Debatte zu verlängern und dann das säumige Verfahren der Regierung bei der Vorlage der Gesetzentwürfe den größten Anteil an der angeblichen Schuld des Landtages tragen. Man beachte: Obwohl schon im letzten Landtage, also im Herbste vorigen Jahres, ein Zweidrittel-Mehrheitsbeschluß der Zweiten Kammer über die Neugestalt der Ersten Kammer gefaßt worden war und jene Frage ja seit Jahrzehnten das Interesse der sächsischen Oeffentlichkeit bewegt hatte, trat die Regierung mit dem Entwurf zur Ersten Kammer vor den Landtag, der schon seit November 1917 tagte, erst in den Weihnachtstagen. Fast alle anderen Gesetzentwürfe erschienen erst nach Neujahr 1918. Der Etat kann voraussichtlich gegen Ende März erledigt sein, aber die neu auftretenden Gesetzentwürfe beanspruchen noch längere Zeit, so daß der Landtag wenig vor Pfingsten zum Ziele zu kommen vermag. Und wie in diesem Landtage stand es im wesentlichen in den vorangehenden Landtagen. So steht die Wirklichkeit aus. Vielleicht besinnt sich künftig die Tadelsucht, wenigstens in liberalen Blättern, ehe sie wieder Steine auf eine Körperschaft wirft, die das verfassungsmäßige Bollwerk unseres Bürgertums gegen die Bureaukratie darstellt. Vielleicht liest man auch einmal den stenographischen Bericht aus der Zweiten Kammer vom 16. Oktober 1917 nach, ehe man die spitzige Feder wieder ansetzt.

„Urteilen aus eigenen Mitteln ist das Vorrecht weniger: Die übrigen leitet Autorität und Beispiel. Sie sehen mit fremden Augen und hören mit fremden Ohren." Um so lebhafter müßte der Appell zur Redlichkeit sein bei denen, die sehen sollten und hören könnten. Aber freilich: „Moral predigen ist leicht." Das schwerste von allen menschlichen Aufgaben ist: Verdienste würdigen. Doch wagen wir es, darauf hinzuweisen, wo wenigstens einige Verdienste des sächsischen Landtages gesucht werden dürfen!

Das große Werk der Jahre nach 1807 im preußischen Staate entsprang der Erkenntnis und dem Entschluß des Beamtentums, damals bestrahlt von den glänzenden Gestirnen Steins, Hardenbergs, Vinckes und Schöns. Das Bürgertum wehte — trotz dem entsetzlichen Zusammenbruch, den der preußische Adel auf den Schlachtfeldern und in der Verwaltung erlitten hatte — in dem Dunste politischer Dumpfheit und Blindheit, so daß ihm die Tat nicht hätte entsprießen können. Heute ist das Bürgertum aufgerufen, zu vollbringen was die Stunde heischt. Die heute als Beamte an der Spitze des sächsischen Staates stehen hören wohl die Glocken läuten, aber zusammenschlagen hören sie sie nicht. Da faßte denn die Zweite Kammer den Entschluß aus sich heraus, aus dem Bürgertum heraus, zu finden, was dem Vaterlande not tut: Sie wählte den Verfassungsausschuß und stellte ihm die höchste Aufgabe. Die Nationalliberalen erkannten ihren Beruf und — anders als in Preußen — nahmen das Führeramt auf ihre Schultern. Seit dem Frühjahr 1917 arbeitet der Verfassungsausschuß an dem Werk der Neuordnung. Er legte den Grund zum Gesetz für die Erste Kammer, dem freilich der Regierungsentwurf sich nur zaghaft nähert, er prüfte das Wahlrecht zur Zweiten Kammer und fand es nicht mehr zeitgemäß. Seit Monaten zieht er den Grundriß zum Neubau der Verwaltung. Das Gebiet ist äußerst schwierig, da es darauf ankommt, in allgemeine Sätze zu fassen was im einzelnen zu ändern ist, und doch nicht zum Inhaltlosen zu verflachen. Dreimal hat der verdienstvolle Berichterstatter Abgeordneter Anders angesetzt, die rechte Bahn zu suchen. Nun denken wir sie getroffen zu haben.

Unter den allgemeinen Gedanken, die das neue Wesen im Königreiche nach dem Kriege einführen sollen, tragen einige sehr weit. Aus allen hebt sich die Forderung heraus, daß künftig Sachsen nicht mehr von einem Gesamtministerium, sondern von einem einzigen Verantwortlichen unter den Ministern, einem Ministerpräsidenten, einem Premierminister oder, wie der Ausdruck zu Hardenbergs Zeiten lautete, von einem Staatskanzler, geführt werden soll. Diese Forderung gestaltet unsere höchste Staatsbehörde von Grund aus um. Ihr schließen sich weitere an: ein besonderes Unterrichtsministerium, ein Ministerium für den Verkehr und die öffentlichen Arbeiten. Hiermit erschließt sich sofort eine ganze Reihe Ausblicke, die in der letzten Aussprache des Verfassungsausschusses zu lebhaftem Gedankenaustausch führten. Es sei gestattet, einen Blick in die Werkstätte zu werfen. Vielleicht erwächst damit dem Verfassungsausschuß freundliche Mitarbeit aus dem Lande.

Wird ein Ministerpräsident an die Stelle des Gesamtministeriums gesetzt, so ergibt sich seine Verantwortlichkeit für den

SLUB
Wir führen Wissen.